

POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

Projektland: Marokko

Datum: April 2017

Neue Regierung in Marokko

Nach monatelangem Stillstand bei den Regierungsverhandlungen und der Entmachtung des bisherigen Premierministers Benkirane durch König Mohammed VI bildet der nominierte Spitzenkandidat Saadeddine Othmani aus den Reihen des moderat islamischen Wahlsiegers, der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD), eine Sechserkoalition. Diese Konstellation gibt Auskunft über die marginale Rolle der Parteien im Hinblick auf den politischen Entscheidungsprozess des Landes. Zwar ging die PJD bei den Wahlen am 7. Oktober 2016 als klarer Sieger hervor, doch ist der Kompromiss unter den Regierungsparteien nach sechsmonatiger Blockade vor allem als Gewinn für das herrschende politische Establishment zu werten. So erstreckt sich das Parteienspektrum der neuen Regierung von links-sozialistisch bis islamisch-konservativ. Sie steht für Konsens und eine Fortsetzung der Reform-, Sicherheits- und Investitionspolitik des marokkanischen Königs. Für eine Opposition bleibt dagegen nur wenig Platz.

Nach fast sieben Monaten Regierungsbildung vereidigte König Mohammed VI. am 5. April 2017 eine neue marokkanische Regierung aus 39 Mitgliedern: Regierungschef, 19 Minister, 6 beigeordnete Minister und 13 Staatssekretäre (s.u.). Zwar ist mit neun weiblichen Regierungsmitgliedern die Frauenquote im Vergleich zur vorangegangenen Legislaturperiode gestiegen, allerdings wurde nur eine Frau, Bassima Hakkaoui, mit einem Ministeramt betraut. Auch die Ernennung des ehemaligen Walis (vom König ernannter Gouverneur, vergleichbar mit dem Posten eines deutschen Ministerpräsidenten) der Verwaltungseinheit Rabat-Salé-Kenitra, Abdelouafi Laftit, zum Innenminister stieß auf Kritik. Im Zuge seines langjährigen Engagements im marokkanischen Innenministerium machte er vor allem durch zahlreiche Konfrontationen mit Kommunalpolitikern der moderat islamischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) auf sich aufmerksam.

Schwieriger Kompromiss

Während im Wahlkampf alle Parteien noch scharfe Trennlinien zogen, konnten die Vorsitzenden der sechs in der Regierung vertretenen Parteien – die konservativ-

islamische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD), die Sozialistische Union der Volkskräfte (USFP), die sozialistische Partei für Fortschritt und Sozialismus (PPS), die liberale Partei der Nationalen Versammlung der Unabhängigen (RNI), die Verfassungsunion (UC) und die Volksbewegung (MP) – trotz unterschiedlicher Programmatik einen gemeinsamen Nenner finden. Mit 240 von 395 Parlamentssitzen hat die neu formierte Regierungskoalition fortan die Mehrheit im Parlament. Zentrale Herausforderung bleibt künftig die Konsensbildung innerhalb der Regierung im Hinblick auf die Umsetzung politischer Ideen und Reformvorhaben. Basierend auf einer Zusammensetzung von Technokraten, Islamisten, Liberalen und Ex-Kommunisten dürfte das kommende Regierungsprogramm äußerst pragmatische Züge tragen. Schlüsselressorts wie das Außen- und Innenministerium sowie der beigeordnete Ministerposten für nationale Verteidigung gingen an parteiunabhängige Technokraten. Wie bei den Wahlen musste der Wahlsieger PJD bei der Vergabe von strategisch wichtigen Ressorts massive Zugeständnisse machen.

Wenig Platz für Opposition

In seiner Rede vom 6. November 2016 hob König Mohammed VI unmissverständlich hervor, dass die Regierungsbildung nicht auf einer mathematischen Rechnung und Pragmatismus basieren solle, sondern Marokko angesichts der künftigen Herausforderungen eine verantwortungsvolle und handlungsfähige Regierung brauche.

Durch die Einbindung von sechs Parteien teilen sich nunmehr die beiden großen Parteien – die Partei Authentizität und Modernität (PAM) und die Unabhängigkeitspartei Istiqlal – die Rolle der Opposition. Dass auch die Istiqlal, trotz des Koalitionsbruchs mit der PJD aufgrund parteipolitischer Differenzen im Jahr 2013, die zukünftige Regierung unterstützen wird, ist auf ihre Nähe zur USFP zurückzuführen. Beide Parteichefs haben ihre politische und historische Nähe bereits im Wahlkampf und während der Regierungsverhandlungen mehrfach betont, zumal beide Koutla¹-Parteien in der Vergangenheit an mehreren Regierungskoalitionen beteiligt waren. Damit bleibt die PAM neben zahlreichen Splitterparteien die einzige große Oppositionspartei im Land. Das lässt eine rasche und effiziente Regierungsarbeit ohne Blockaden seitens der Opposition erwarten.

Die langen Regierungsverhandlungen sowie die Personalrochade von König Mohammed VI im Hinblick auf den designierten Regierungschef stellten die in der Verfassung verankerten Prinzipien des demokratischen Parteienpluralismus auf die Probe. So bot das Gezeter um eine Regierungsbildung unter Führung von Benkirane, die sich monatelang hinzog, dem Monarchen den geeigneten Anlass für dessen endgültige Absetzung. Die Entscheidung blieb nicht ohne Kritik seitens zivilgesellschaftlicher Gruppierungen und politischer Aktivisten. Die PJD hatte ihren Wahlsieg vom 7. Oktober 2016 nicht nur wesentlich ihrer guten Organisationsstruktur,

¹ Die Koutla (arabisch für Block) ist eine im Jahr 1970 gegründete und 1998 neu formierte politische Allianz, an der sich folgende Parteien Marokkos beteiligten: Partei der Unabhängigkeit (Istiqlal), Sozialistische Union der Volkskräfte (USFP - Union Socialiste des Forces Populaires), Partei für Fortschritt und Sozialismus (PPS - Parti du progrès et du socialisme) und der Organisation für volksdemokratisches Handeln (OADP - Organisation de l'Action Démocratique Populaire) bis 1998 – heute die Vereinigte Sozialistische Partei (PSU Parti Socialiste Unifié). Die Koutla war von 1992 bis 2012 durchgehend an Regierungskoalitionen beteiligt.
Hanns-Seidel-Stiftung_Politischer Hintergrundbericht_Marokko_April 2017

sondern auch ihrem populären Spitzenkandidaten Benkirane zu verdanken (für nähere Informationen siehe Hintergrundbericht Oktober 2016: http://www2.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/161025_Marokko_II.pdf).

Inhaltliche Neuausrichtung der PJD-Partei

An der Legitimität des Wahlsieges der PJD unter seiner Führung gibt es keinen Zweifel. Folglich betrachteten kritische Stimmen die Entscheidung von König Mohammed VI, Benkirane abzusetzen, als zu weitreichende Einmischung in die Regierungsbildung, auch wenn sich der Monarch in Bezug auf Artikel 47, der die Regierungsbildung regelt, auf verfassungsrechtlich gesichertem Terrain bewegte. Der kurzerhand zum designierten Premierminister ernannte Saad Al Din Al Othmani entstammt ebenfalls der PJD und war bereits von Januar 2012 bis Oktober 2013 Außenminister im Kabinett Benkirane. Seine diplomatischen Fähigkeiten und der Druck der palastnahen *Ruling Elite* ermöglichten jetzt die schnelle Formierung der Sechserkoalition. Benkirane bleibt offiziellen Angaben zufolge auch nach der Ernennung El Othmanis zum Premierminister Marokkos Vorsitzender der PJD. Parteiinterne Streitigkeiten soll es bezüglich der Personalrochade nicht gegeben haben, obwohl sich Stimmen aus den eigenen Reihen gegen die kompromissorientierte Verhandlungsposition von El Othmani erhoben. Vor allem die Annäherung an die USFP wurde von einigen Parteimitgliedern als Widerspruch zur Parteilinie gesehen. So fordern die beiden PJD-Abgeordneten Amina Maelainine und Hassan Hamourou einen außerordentlichen Parteikongress; auch Mitglieder des Parteivorstandes, wie etwa Abdessamad Sekkal et Abdelali Hamiddine, distanzieren sich bereits öffentlich von der neuen Regierung. Grund für die zuvor gescheiterten Regierungsverhandlungen war die starke Verhandlungsposition der palastnahen RNI. Mit Aziz Akhannouch an der Spitze, bisheriger Landwirtschaftsminister und einer der wirtschaftlich und politisch einflussreichsten Unternehmer des Landes, forderte die RNI hartnäckig die Beteiligung der USFP an der Regierung. Sowohl Benkirane als auch der PJD-Parteivorstand lehnten diese Forderung im Vorfeld kategorisch ab. Nach Wiederaufnahme der Koalitionsverhandlungen und angesichts der 15-tägigen Frist für die Regierungsbildung akzeptierte El Othmani diese Forderung unter Zeitdruck äußerst rasch.

Liste der Regierungsmitglieder:

Saâd-Eddine El Othmani (PJD): Regierungschef

Mustapha Ramid (PJD) : Staatsminister für Menschenrechte

Abdelouafi Laftit (unabhängig): Innenminister

Nasser Bourita (unabhängig): Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Internationale Zusammenarbeit

Mohamed Aujjar (RNI): Justizminister

Ahmed Toufiq (unabhängig): Minister für Habous (religiöse Stiftungen) und Islamische Angelegenheiten

Mohamed El Hajjoui (unabhängig): Generalsekretär der Regierung

Mohamed Boussaid (RNI): Minister für Wirtschaft und Finanzen

Aziz Akhannouch (RNI): Minister für Landwirtschaft, Fischerei, Ländliche Entwicklung, Gewässer und Forstwirtschaft

Mohamed Nabil Benabdallah (PPS): Minister für Nationale Raumplanung, Stadtplanung, Wohnbau und Stadtpolitik

Mohamed Hassad (unabhängig/MP²): Minister für Nationale Bildung, Berufsausbildung, Hochschulwesen und Wissenschaftliche Forschung

Moulay Hafid Elalamy (RNI): Minister für Industrie, Investition, Handel und Digitalwirtschaft

Abdelkader Amara (PJD): Minister für Ausstattung, Transport, Logistik und Wasserangelegenheiten

El Houcine Louardi (PPS): Gesundheitsminister

Aziz Rebbah (PJD): Minister für Energie, Bergbau und Nachhaltige Entwicklung

Mohamed Sajid (UC): Minister für Tourismus, Lufttransport, Handwerk und Soziale Marktwirtschaft

Rachid Talbi Alami (RNI): Minister für Jugend und Sport

Mohamed Laaraj (MP): Minister für Kultur und Kommunikation

Bassima El Hakkaoui (PJD): Ministerin für Familie, Solidarität, Gleichstellung und Soziale Entwicklung

Mohamed Yatim (PJD): Minister für Arbeit und Berufliche Integration

Beigeordnete Minister

Abdellatif Loudiyi (unabhängig): dem Regierungschef beigeordneter Minister für Verwaltung der Nationalen Verteidigung

Lahcen Daoudi (PJD): dem Regierungschef beigeordneter Minister für Allgemeine Angelegenheiten und Regierungsführung

Mustapha El Khalfi (PJD): dem Regierungschef beigeordneter Minister für Beziehungen zum Parlament und Zivilgesellschaft, Regierungssprecher

Mohamed Ben Abdelkader (USFP): dem Regierungschef beigeordneter Minister für Verwaltungsreform und Öffentliche Verwaltung

Abdelkrim Benatiq (USFP): dem Außenminister beigeordneter Minister für im Ausland lebende Marokkaner und Migrationsangelegenheiten

Noureddine Boutayeb (unabhängig): dem Innenminister beigeordneter Minister

Staatssekretäre

Mohamed Najib Boulif (PJD): Staatssekretär des Ministers für Ausstattung, Transport, Logistik und Wasserangelegenheiten, zuständig für Transport

Mbarka Bouaida (RNI): Staatssekretärin des Ministers für Landwirtschaft, Fischerei, Ländliche Entwicklung, Gewässer und Forstwirtschaft, zuständig für Fischerei

² Noch nicht offiziell bekannt gegeben.

Charafat Yadri Afilal (PPS): Staatssekretärin des Ministers für Ausstattung, Transport, Logistik und Wasserangelegenheiten, zuständig für Wasserangelegenheiten

Jamila El Moussali (PJD): Staatssekretärin des Ministers für Tourismus, Lufttransport, Handwerk und Soziale Marktwirtschaft, zuständig für Handwerk und Soziale Marktwirtschaft

Mounia Boucetta (unabhängig): Staatssekretärin des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten und Internationale Zusammenarbeit

Hammou Ouheli (MP): Staatssekretär des Minister für Landwirtschaft, Fischerei, Ländliche Entwicklung, Gewässer und Forstwirtschaft, zuständig für Ländliche Entwicklung, Gewässer und Forstwirtschaft

Fatna El Kihel (MP): Staatssekretärin des Ministers für Nationale Raumplanung, Stadtplanung, Wohnbau und Stadtpolitik, zuständig für Wohnbau

Khalid Samadi (PJD): Staatssekretär des Minister für Nationale Bildung, Berufsausbildung, Hochschulwesen und Wissenschaftliche Forschung, zuständig für Hochschulwesen und Wissenschaftliche Forschung

Larbi Bencheikh (MP): Staatssekretär des Minister für Nationale Bildung, Berufsausbildung, Hochschulwesen und Wissenschaftliche Forschung, zuständig Berufsausbildung

Rokaya Derham (USFP): Staatssekretärin des Ministers für Industrie, Investition, Handel und Digitalwirtschaft, zuständig für Außenhandel

Lamia Boutaleb (RNI): Staatssekretärin des Ministers für Tourismus, Lufttransport, Handwerk und Soziale Marktwirtschaft, zuständig für Tourismus

Othmane El Ferdaous (UC) : Staatssekretär des Ministers für Industrie, Investition, Handel und Digitalwirtschaft, zuständig für Investition

Nezha El Ouafi (PJD): Staatssekretärin Minister für Energie, Bergbau und Nachhaltige Entwicklung, zuständig für Nachhaltige Entwicklung.

Autoren: Ingrid Heidlmayr-Chegdaly ist Wissenschaftskoordinatorin der Hanns-Seidel-Stiftung in Rabat

Jochen Lobah ist Regionalbeauftragter der Hanns-Seidel-Stiftung für Marokko und Mauretanien

IMPRESSUM

Erstellt: April 2017

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2017

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de